



Vorlage-Nr.: **6314-2026/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der Vielfalt
Hardt, Roland

Beteiligungen:

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Kein sozialabbau im wirtschaftskrieg..realistische friedensordnung mit russland anerkennen – Antrag VIE**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt Dieburg lehnt die Pläne der Bundesregierung für eine neue Grundsicherung ab. Er lehnt den geplanten Sozialabbau im Wirtschaftskrieg ab.
2. Der Kreistag Da/Di fordert die Bundesregierung auf die Bausteine einer realistischen Friedensordnung mit Russland anzuerkennen und zuzustimmen.

Begründung:

Zu 1 : Im Herbst der Reformen werdeb weitgehendst die Unschludigen, die Schwächsten der Bezieher der neuen Grundsicherung getroffen

Die Pläne sind :

Integrationskurse in Arbeit für Eltern von Kindern ab dem ersten Geburtstag des betroffenen Kindes sollen möglich sein. Der bisher geltende höhere geschützte Vermögensfreibetrag soll ersatzlos abgeschafft werden. Das Verpassen eines Termine in der KFB soll mit 30% sanktioniert werden. Mehrmaliges Versäumen von Terminen soll die Einstellung der gesamten Leistungen inklusive KDU mit sich bringen.

Vermieter von Wohnungen sollen einer Auskunftspflicht nachkommen -ansonsten droht eine Strafe bis 5000 €. Es herrscht ein Klima der Angst. Die Bezieher der Grundsicherung fühlen sich oft von der KFB eingeschüchtert, Das Ziel soll sein, dass die viel zu niedrigen KDU im Landkreis Darmstadt Dieburg weiter pauschaliert werden sollen,

Zu 2 :

Der Krieg mit Russland hätte im März längst beendet sein. Die NATO tragt mit immer weiteren Waffenlieferungen Schuld an dem schon 4 Jahre dauernden Krieg, 1972 wurde der INF Vertrag – 1987 die UN Charta beschlossen, 1990 der 2 + 4 Vertrag. ES erfolgte eine Zusage von Gorbatschow, von Genscher FDP und des amerikanischen damaligen Präsidenten, dass sich die NATO nicht nach Osten ausweiten werde. 1987 wurde unter Präsident Clinton trotzdem die Osterweiterung der NATO beschlossen,

2014 wurde der bisherige russlandfreundliche Präsident der Ukraine Janukowitsch auf Drängen der NATO abgesetzt .Zum neuen Präsident wurde der amerikafreundliche Poroschenko gewählt. Die russische Sprache wurde im Donbass verboten, In einem demokratisch abgehaltenen Referendum wollten 90 Prozent der Bewohner des Donbass zu Russland, .Russland zahlte mittlerweile die Renten im Donbass, Alsbald wurde von dem russ. Geheimdienst ein Gespräch mit der amerikanischen Politikerin Nuland abgehört, Dabei sprach sie von einer 5 Milliarden teuren stillen Aufrüstung der NATO für die Ukraine und von „Fucking EU !“ Die Militärerweiterung bis an die Grenzen von Russland wurde versucht, Das Minsker Abkommen 2014 sollte gemäß der Deutschen Kanzlerin Merkel, der Ukraine die Möglichkeit und Zeit geben, aufzurüsten. Heute sagt man der Krieg mit der Ukraine begann bereits 2014 und nicht erst 2022. Über 14000 Tode Menschen im Dombass und Luhansk waren die Folge. Am 1. Mai 2024 ermordeten Horden faschistischer Kämpfer der Ukraine – sogenannten Assowbrigaden – mindestens 50 Gewerkschafter in Odessa. Die verbrannten jämmerlich- Die westlichen Medien schweigen weitgehendst hierzu, Die Assowbrigaden sind Anerkenner des Faschisten Stefan Bandera,

Kurz vor dem Ausbruch des Krieges 2022 bot Putin der NATO einen Entspannungsvorschlag an. Auch der wurde von USA Präsident Biden abgelehnt. Erst dann marschierte Putins Armee in der Ukraine ein,. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO war ebenfalls für Russland eine nicht tragbare Option,

In weiten Teilen des Kreistages scheint eine große Unkenntnis über die Ursachen des 4 Jahre dauernden Krieges mit fast 1 Mio Tode auf beiden Seiten zu geben.

Der Krieg wird nun von der EU vorangetrieben – nachdem Trump das Interesse an der Ukraine verloren hat und sich mit Putin mehrmals traf.

Der Beschluss der EU einen 90 Milliarden teurer Kredit über 2 Jahren mit Millionenzinsen für Deutschland zu gewähren, wird die ökologisch, wirtschaftlich völlig zerstörte Ukraine in einem nicht siegbaren Krieg gegen Russland weiter verarmen,. Die Menschen in der Ukraine sind werden weiter

viele Bürger verlieren.

Es ist klar, dass diese Rüstungsausgaben mit einem dramatischen Abbau des Sozialstaates einhergeht, Doch dazu in der KT Sitzung mehr.